

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Hüser, Sellin und der Fraktion DIE GRÜNEN**

•

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Steuerreformgesetzes 1990**  
**— Drucksachen 11/2157, 11/2226, 11/2299, 11/2529 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

Artikel 24 (Mineralölsteuerbefreiung für Privat- und Sportflieger)  
wird gestrichen.

Bonn, den 21. Juni 1988

**Hüser**

**Sellin**

**Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion**

### **Begründung**

Die geplante Mineralölsteuerbefreiung für Privat- und Sportflieger ist sozial-, steuer-, verkehrs-, energie- und umweltpolitisch nicht zu vertreten.

- Angesichts der vorgesehenen Mehrbelastung nahezu aller Bürger/innen durch höhere Benzin- und Verbrauchsteuern stellt eine Mineralölsteuerbefreiung für Privat- und Sportflieger, die jeden Begünstigten mit durchschnittlich 3 500 DM jährlich entlastet, eine unzumutbare soziale Ungerechtigkeit dar.
- Es ist kein System darin erkennbar, einerseits die Benzinsteuern zu erhöhen, andererseits die Flugbenzinsteuer abzuschaffen. Zudem will die EG eine gemeinschaftsweite gleiche Flugbenzinsteuer einführen. 15 Mio. DM Steuerverzicht sind zwar angesichts des Volumens der Steuerreform ein relativ geringer Betrag, angesichts des Ringens um manchmal noch kleinere Einsparungen zur Finanzierung der Steuerreform jedoch nicht zu vernachlässigen.
- Die Belastung und Gefährdung des Luftverkehrs nimmt immer mehr zu. Vorrangiges Ziel muß es daher sein, den öffentlichen Personenverkehr auszubauen und attraktiver zu machen und nicht statt dessen das Umsteigen ins Privatflugzeug auch noch finanziell zu fördern.

- Der schienengebundene Personenverkehr verbraucht erheblich weniger Energie als die Privatluftfahrt. Die Steuerbefreiung für Flugbenzin müßte daher als Aufforderung zur Energieverschwendung verstanden werden.
- Abgesehen vom erheblich höheren Energieverbrauch ist die Luftverschmutzung beim privaten Luftverkehr auch durch den rund viermal so hohen Bleigehalt des Flugbenzins erheblich stärker. Besondere Lärmbelastungen kommen hinzu.

Ergänzend verweisen wir auf den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN „Aufhebung der Mineralölsteuerbefreiung des Flugverkehrs“ vom 14. April 1988 (Drucksache 11/2126), in dem die Steuerbefreiung für alle Inlandsflüge und für Flüge der Bundeswehr gefordert und begründet wird.